

Reich erben lohnt sich doppelt

Wer mehr als 20 Millionen Euro erbt oder geschenkt bekommt, zahlt darauf im Durchschnitt weniger als halb so viel Steuern wie auf eine mittelgroße Erbschaft von 100.000 bis 200.000 Euro.

Reale Steuersätze auf Erbschaften und Schenkungen 2019:



100.000–200.000 Euro



über 20 Millionen Euro

Quelle: Netzwerk Steuergerechtigkeit

Mehr Infos

Wer zahlt? ist eine Kampagne von Attac Deutschland. Mehr Infos zur Kampagne für eine gerechte Vermögensbesteuerung gibt es unter attac.de/wer-zahlt

Mehr Hintergründe zu Steuer- und Finanzthemen gibt es auf der Seite der AG Finanzmärkte und Steuern: attac.de/ag-finanzmarkt-steuern

Wir freuen uns über Mitstreiter*innen! Mehr dazu unter attac.de/mitmachen



V.i.S.d.P. Jakob Migenda, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt a.M.



Reiche Erben besteuern

Für sozialen Ausgleich.
Für alle.

Für sozialen Ausgleich und gesellschaftlichen Zusammenhalt

Eigentlich sollen Erben von großen Vermögen mehr Erbschaftssteuer zahlen als andere. Die Realität sieht anders aus. Das ist zutiefst ungerecht und widerspricht dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes. So sieht das auch das Bundesverfassungsgericht. Es hat mehrfach das Erbschaftssteuerrecht als nicht verfassungsgemäß bewertet und Änderungen gefordert.

Seit drei Jahrzehnten wachsen große Vermögen in Deutschland doppelt bis dreimal so schnell wie kleinere Vermögen. Ganz zu schweigen davon, dass viele Menschen wegen ihres geringen Einkommens überhaupt keine Chance haben, Vermögen zu bilden. Um die gesellschaftliche Spaltung in Superreiche und Besitzlose nicht weiter zu vertiefen, ist es darum notwendig, den leistungslosen Zuwachs an Vermögen durch Erbschaften und Schenkungen zu begrenzen.

Die Entwicklung hin zu undemokratischen, nahezu feudalistischen Strukturen muss gestoppt werden. Schon jetzt zeigt sich, dass großer Vermögensbesitz genutzt wird, um politischen Einfluss auf die wirtschaftliche und soziale Gesetzgebung zu nehmen.

Es gilt, allen jungen Menschen die Chance zu geben, ihre Fähigkeiten voll zu entwickeln – und nicht nur den Kindern reicher Eltern. Insbesondere hochwertige frühkindliche Bildung verbessert die Bildungschancen für alle Kinder und leistet so einen wichtigen Beitrag zum Abbau sozialer Ungerechtigkeit.

Hoher persönlicher Reichtum ist nicht nur auf die Leistung einzelner Personen zurückzuführen, sondern beruht auf gesamtgesellschaftlicher Arbeit. Die individuelle Aneignung von gesellschaftlichem Reichtum muss begrenzt werden.

Eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer ist daher dringender denn je. Wir haben dazu konkrete Vorschläge. Es ist nicht hinnehmbar, dass sich politische Entscheidungsträger*innen achselzuckend vor ernsthaften Reformen drücken!

Unsere Eckpunkte für eine umfassende Reform der Erbschaftssteuer

- Die Erb*innen von kleinen Erbschaften und Schenkungen, die gegenwärtig im Verhältnis am meisten abgeben müssen, werden entlastet. Dazu gibt es einen personenbezogenen Freibetrag für alle Erbschaften und Schenkungen an eine Person in Höhe von einer Million Euro insgesamt im Leben. Der bisherige Freibetragswildwuchs wird abgeschafft.
- Die heutigen Erbschaftsteuersätze werden beibehalten und durch weitere Progressionsstufen oberhalb von 100 Millionen Euro ergänzt.
- Die übermäßige Befreiung von Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer ist nicht begründet und entfällt. Die steuerliche Belastung der Erbe*innen von Klein- und Mittelbetrieben reduziert sich durch den obigen hohen Freibetrag von einer Million Euro. Bei großen Unternehmen werden in der Regel nur Unternehmensanteile vererbt oder in eine Familienstiftung eingebracht, da meistens mehrere Erbberechtigte vorhanden sind. Eine Aufteilung ist daher ohne weiteres möglich.
- Um eventuelle Liquiditätsprobleme der Erbberechtigten zu vermeiden, können sie die Erbschaftssteuer in Raten über einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren bezahlen.
- Die erhöhten Einnahmen aus der Erbschaftsteuer werden ins Bildungssystem gesteckt: Mit ihnen werden unter anderem der kostenlose Besuch von Kindertagesstätten, eine umfassende Ganztagsbetreuung für Schüler*innen und bessere Stipendien für Studierende finanziert.